

M1 Humanität und Rechtsstaatlichkeit in der Bremer Migrationspolitik

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 7.2. Anträge

Antragstext

1 Weiterhin für Humanität und Rechtsstaatlichkeit in der Bremer Migrationspolitik

2 Die fortschreitende Klimakrise, Kriege und bewaffnete Konflikte zwingen
3 Millionen Menschen auf der Welt zur Flucht und rauben ihnen ihre
4 Lebensgrundlage. Mit großer Sorge sehen wir die immer emotionalere
5 Debattenkultur im Bezug auf Migration und Integration in der Bundesrepublik. Als
6 grüne Partei stehen wir zum Recht auf Asyl in einer Welt multipler Krisen und
7 Gewalt. Wir setzen uns daher für eine Versachlichung der Debatte in diesen
8 Bereichen ein und kritisieren die rechte Panik-Rhetorik gegen Geflüchtete,
9 welche verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt, rassistische
10 Ressentiments stärkt und den sozial-politischen Zusammenhalt gefährdet. Während
11 wir uns der finanziellen und sozialen Herausforderungen durch Fluchtbewegungen
12 bewusst sind, ist es fatal, die Chancen, welche sich durch den Zuzug bieten,
13 dabei nicht ebenfalls zu benennen.

14 Durch grüne Regierungsarbeit auf Bundesebene wurden in den letzten Monaten die
15 richtigen Weichen gestellt: Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)
16 und dem Chancenaufenthaltsrecht hat die Bundesregierung die Grundlage
17 geschaffen, schneller in Deutschland Fuß fassen zu können und den Einstieg von
18 Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt erleichtert. Zudem wurden die Arbeitsverbote
19 für Geflüchtete gelockert. Diese Entwicklungen unterstützen wir ausdrücklich und
20 setzen uns weiter für ein umfassendes Recht auf gute Arbeit für Zugewanderte und
21 Geflüchtete ein. Eine einseitige Politik der Abschiebung „in großem Stil“ und
22 der Abschottung löst daher hingegen keine Probleme und wird der Komplexität des
23 Themas nicht gerecht. In diesem Zusammenhang halten wir als Grüner Landesverband
24 Bremen auch das Rückführungsverbesserungsgesetz, das die Grundrechte
25 Geflüchteter weiter einschränkt, für den politisch falschen Weg. Die Reform des
26 Einbürgerungsrecht begrüßen wir grundsätzlich, da sie Einbürgerung vereinfacht
27 und doppelte Staatsbürgerschaften ermöglicht. Gleichzeitig benachteiligt die
28 Reform Menschen mit Behinderungen sowie Menschen, die aus verschiedenen Gründen
29 auf Sozialleistungen angewiesen sind, und macht Einbürgerung für sie schwieriger
30 – das kritisieren wir ausdrücklich.

31 Wir Grüne stehen für Rechtsstaatlichkeit und achten internationales Recht. Wir
32 stehen zum verbrieften Menschenrecht auf Asyl, der Genfer Flüchtlingskonvention
33 oder der EU-Grundrechtecharta als zentrale Grundpfeiler unseres
34 gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland und Europa.

35 Uns Grünen ist klar, dass die vielen Menschen, die nach Deutschland und nach
36 Bremen kommen, eine reale Herausforderung für Schulen, Kitas, Jugendhilfe- und
37 Sozialsysteme und die menschenwürdige Erstaufnahme und Unterbringung
38 Geflüchteter darstellen. Unsere Antwort darauf ist aber nicht, geltendes Recht
39 zu ignorieren oder Grundrechte einzuschränken, sondern für einen
40 handlungsfähigen Staat und eine solidarische Zivilgesellschaft einzustehen.

41 Solidarität und Zusammenhalt in unserem Bundesland gibt es nur, wenn wir alle
42 Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben, mitdenken und für alle, die neu
43 ankommen, gute Möglichkeiten schaffen. Denn auch wenn Flucht- und
44 Migrationsbewegungen Herausforderungen für Politik und Verwaltung sind, müssen
45 wir uns unserer Verantwortung stellen und die Chancen, die sich durch diese
46 bieten, nutzen. Dazu müssen Politik, Verwaltung, sowie haupt- und ehrenamtliche
47 Geflüchtetenhilfe Hand in Hand arbeiten. Wir wollen als Parteistrukturen
48 (Landesvorstand, Kreisverbände, Beiräte etc.) dafür in der nächsten Zeit noch
49 stärker mit den relevanten Akteuren in den Dialog gehen, bestehende Netzwerke
50 weiter stärken und neue Kontakte knüpfen.

51 Fachkräftemangel bekämpfen, Integration sichern - Migration als Chance begreifen

52 Zugewanderte Fachkräfte gehören zum Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Sie
53 haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Land Bremen heute ein innovativer
54 Standort mit großer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ist. In den nächsten
55 Jahren brauchen wir jährliche eine Netto-Zuwanderung von 400.000 Menschen in den
56 deutschen Arbeitsmarkt, um unseren wirtschaftlichen Wohlstand und das
57 Sozialversicherungssystem stabil zu halten. Um Zuwanderer*innen das Ankommen in
58 Bremen und Bremerhaven grundsätzlich und insbesondere im Arbeitsmarkt zu
59 erleichtern, sind noch einige Anstrengungen zu unternehmen. Viel zu häufig
60 arbeiten Zugewanderte und Geflüchtete in prekären Arbeitsverhältnissen. Ihre
61 unsichere Situation, die fehlenden Sprachkenntnisse und mangelndes Wissen über
62 ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen werden ausgenutzt.

63 Grundlage für die Integration in den Arbeitsmarkt und damit einem selbständigen
64 und unabhängigen Leben ist daher der Zugang zu kostenlosen Sprachkursen, dieser
65 ist aktuell bundesweit und auch im Land Bremen noch beschränkt. In Bremen und
66 Bremerhaven wird es nun darum gehen, alle behördlichen Vorgänge vom Ankommen
67 über die Qualifizierung und/oder Anerkennung von im Ausland erworbenen
68 Berufsabschlüssen, bis zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration transparenter
69 und barrierefreier zu gestalten.

- 70 • Als Grüne unterstützen wir daher die Einrichtung sogenannter Welcome
71 Center, die als zentrale, digitale und örtliche Anlaufstelle bei allen
72 Anliegen rund um die berufliche Integration für alle Zugewanderten dienen.
73 Ziel ist es, einen leicht zugänglichen und bedarfsgerechten „One-Stop-Shop
74 Service“ aus einer Hand zu schaffen, der die berufliche Integration
75 beschleunigt und erleichtert.
- 76 • Auch die Bemühungen seitens der Wirtschaftsförderung Bremen, den
77 Fachkräfteservice auszubauen und Unternehmen beim Recruiting
78 internationaler Bewerber*innen zu unterstützen, begrüßen wir sehr. Wir
79 setzen uns daher weiterhin für ein kostenloses Angebot an allgemeinen und
80 berufsbezogenen Deutschkursen in Bremen und Bremerhaven ein, auch über das
81 Niveau B1 hinaus.
- 82 • Dem vielfältigen Engagement von Bremer Unternehmen, Betrieben und den
83 Kammern ist es zu verdanken, dass Zuwander*innen gute Perspektiven auf dem
84 Arbeits- und Ausbildungsmarkt finden. Wir unterstützen daher auch
85 weiterhin Maßnahmen, die für ein gutes Ankommen im Betrieb notwendig sind,
86 wie bspw. ausbildungs- oder berufsbegleitende Sprachförderung und
87 betriebliche Integrationsangebote.

88 Menschenwürdige Unterbringen sicherstellen - Wohnraum für alle gewährleisten

89 Eine sichere Erstunterbringung und ein schneller Übergang in die eigene Wohnung
90 sind für eine Integration zentral. Wir sind uns des stark angespannten
91 Wohnungsmarktes bewusst und sehen eine Notwendigkeit, uns weiterhin für eine
92 sozialverträgliche und faire Verteilung von Wohnraum einzusetzen, etwa durch den
93 schnelleren Ausbau von Sozialwohnungen und eine längere Sozialbindung. Dadurch
94 soll ein zusätzlicher Preisanstieg durch weitere Bedarfe auf dem Wohnungsmarkt -
95 in Folge von Migrationsbewegungen - möglichst aufgefangen werden. Im Bereich
96 Stadtentwicklung hat Bremen schon viel für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt
97 auf den Weg gebracht. Integrierte Entwicklungskonzepte in verschiedenen
98 Stadtteilen - wie Blumenthal oder Kattenturm - sind ein wichtiges Instrument der
99 Stadtentwicklung, gerade in migrantisch geprägten Stadtteilen.

- 100 • Wir wollen mehr Sozialwohnungen in möglichst vielen Stadtteilen schaffen,
101 um eine bessere und dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen zu
102 ermöglichen. Eigener Wohnraum ist besser als Gemeinschaftsunterkünfte.
- 103 • Wir setzen uns zudem für die Verlängerung der Belegbindung von
104 Sozialwohnungen ein.
- 105 • Wir wollen die Wohnsitzpflicht für Geflüchtete in den ersten 6 Monaten
106 aufheben, sodass diese ihr Leben möglichst schnell selbst gestalten
107 können.

108 Staatliche Strukturen reformieren - Lösungen ermöglichen

109 Das Thema Migration ist zukunftsentscheidend und bedarf einen umfassenden und
110 handlungsfähigen Staat, der die Einhaltung von Menschenrechtsstandards und einer
111 erfolgreichen Integration gewährleisten kann, ohne den gesellschaftlichen
112 Zusammenhalt durch Kürzungen an anderen Stellen zu belasten.

- 113 • Menschen aus Kriegsgebieten haben ein Recht auf Schutz. Wir sprechen uns
114 daher für einen bundesweiten Abschiebestopp für Jesid*innen aus und
115 fordern die Weiterführung des Abschiebestopps in den Iran
- 116 • Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems macht viele bisher
117 illegale oder irreguläre Praktiken im Umgang mit Geflüchteten in der EU
118 zur Normalität und schränkt das Asylrecht ein. Bremen hat sich daher bei
119 der Abstimmung im Bundesrat dazu enthalten - das war richtig.
- 120 • Wir lehnen als Grüner Landesverband Bremen weitere Verschärfungen des
121 Asylrechts auf Bundes- und Europa-Ebene, wie beispielsweise das
122 Rückführungsverbesserungsgesetz oder die aktuelle Reform des Gemeinsamen
123 Europäischen Asylsystems ab und orientieren unsere Migrationspolitik
124 weiterhin an Grundsätzen wie der Genfer Flüchtlingskonvention und den
125 allgemeinen Menschenrechten.
- 126 • Die zuständigen Behörden, wie z.B. das Migrationsamt, müssen personell in
127 der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen und die Digitalisierung der
128 Verwaltungsabläufe weiter verbessert werden.
- 129 • Unsere beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven sowie das Land müssen
130 finanziell stärker unterstützt werden, um die Versorgung und Integration

- 131 von Geflüchteten weiterhin sicherstellen zu können. Der Bund sollte den
132 Ländern hierfür mehr Geld und Ressourcen zur Verfügung stellen.
- 133 • Die von den Bundesländern beschlossene Bezahlkarte darf in Bremen keine
134 Diskriminierung oder Stigmatisierung schaffen. Bremen soll sich am
135 Hannoveraner Modell orientieren. Besonders wichtig ist dabei, den Zugang
136 zu Bargeld nicht einzuschränken, die Nutzung der Karte nicht geographisch
137 zu begrenzen, sowie eine optische Gestaltung wie herkömmliche Karten.